

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 1 (1973)

DOI: 10.11588/fr.2001.2.46946

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Die vorliegende Arbeit geht in ihrer inhaltlichen Struktur von den Konstitutionen des James Anderson (1723) aus, die die Grundlage der spekulativen Freimaurerei bilden, erläutert dann das Symbol der Menschenliebe und der brüderlichen Freundschaft und entwickelt anschließend die Idee der universellen Republik der Freimaurer als Utopie und hier insbesondere auch im Zusammenhang mit der Heiligen Allianz, des Großmächtesystems zur Zeit Metternichs und der universellen Verschwörung durch Freimaurer, Illuminaten und Jakobiner, denen man die Ursache am Ausbruch der Französischen Revolution zuschob.

Die vorliegende Darstellung ist auch für die gegenwärtige Situation der Freimaurerei von Interesse. Die Freimaurerei ist heute, ähnlich wie in ihrer geschichtlichen Entwicklung, massiver Kritik und vielen Vorurteilen ausgesetzt, so daß es verständlich erscheint, wenn Freimaurer die Meinung vertreten, der Orden müßte sich stärker öffnen, um nicht mehr als »Geheimgesellschaft« diffamiert zu werden. Bruderzwiste und Gegensätze in den verschiedenen Richtungen bzw. Obedienzen verschärfen noch das Bild der Zerrissenheit. Andere wiederum sehen die Ursachen der Probleme in der engen Verbindung zwischen Freimaurerei und Politik. Diese Dichotomie geht auf den Ursprung der spekulativen Freimaurerei zurück. Heute, wo westliche Obedienzen bei der Wiedergeburt der Freimaurerei in Osteuropa ihre Grenzen und Einflusssfelder setzen, sollte daran erinnert werden, daß die Utopie der universalen Republik in der Freimaurerei selbst angelegt ist und diese eine spezifische Form harmonischer Antwort auf die Globalisierung darstellt.

Gustavo Raffi, der Großmeister des Grande Oriente in Italien, und Novak Jankovic, der Großmeister der regulären Großloge Jugoslawiens, haben anlässlich eines Treffens 1999 in Rimini eine gemeinsame Erklärung in den freimaurerischen Medien abgegeben, die sich auf die Situation in Jugoslawien und im Kosovo bezog. Diese gemeinsame grenzüberschreitende Aktivität zeigt, daß auch in Zeiten des politischen Konflikts friedliche Zusammenarbeit im Sinne des »Discours« von Ramsay (1737) möglich ist, der eine »große Republik« errichten wollte, in der jede Nation eine Familie bildet, in der sich alle vernünftigen Menschen zusammenschließen und ein »neues Volk« erschaffen, das sich aus mehreren Nationen zusammensetzt. Dahinter steht die freimaurerische Idee, daß menschliche Konflikte ohne zerstörerische Folgen ausgetragen werden können. Voraussetzung dafür ist die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses auf der Basis der Toleranz zwischen den Menschen unterschiedlicher Überzeugungen und die aktive Mitarbeit am Bau des Tempels der allgemeinen Menschenliebe, worunter die Freimaurerei die Arbeit an einer Vermenschlichung der Gesellschaft versteht. Dieses Symbol bildet gleichsam die Grundlage der universalen masonischen Republik, die im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht.

Helmut REINALTER, Innsbruck

John BREWER, Eckhart HELLMUTH (Hg.), *Rethinking Leviathan. The Eighteenth-Century State in Britain and Germany*, Oxford (Oxford U.P.) 1999, X-402 S. (Studies of the German Historical Institute London).

Seit einiger Zeit ist eine bemerkenswerte Renaissance historischer Forschung zu beobachten, die den Anfängen und der Entfaltung moderner Staatlichkeit in Europa nachgeht. Der Staat erscheint dabei nicht als abhängige Variable, die etwa von wirtschaftlichen Strukturen oder gesellschaftlichen Interessen bestimmt wird. Seine Wiederentdeckung als relevanter Gegenstand der Forschung geht mit der Überzeugung einher, daß ihm ein Eigenleben zukommt und daß der Realität des Staates ein erhebliches Maß an Autonomie zuzuschreiben ist. Im Kontext dieser internationalen Forschungsaktivitäten haben John Brewer und Eckhart Hellmuth in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Institut in London und der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel eine Tagung organisiert, deren Ergebnisse reichlich verzögert nun vorliegen.

Ziel der Konferenz war es, eine vergleichende Analyse des frühmodernen Staats in Deutschland und Großbritannien im 18. Jh. vorzunehmen. Über den Forschungsansatz hat Hellmuth bereits in seinem England und Preußen vergleichenden Aufsatz »Der Staat des 18. Jahrhunderts« (in: *Aufklärung* 9, 1996, S. 5–24) informiert, der in der Substanz unverändert im vorliegenden Sammelband unter der Koauthorschaft Brewer/Hellmuth als Einleitung fungiert. Zwei der insgesamt 13 Beiträge sind selbst schon komparatistisch angelegt. Thomas ERTMAN, der seinen Konferenzbeitrag inzwischen zu einer 1997 erschienenen Monographie ausgebaut hat, geht der Frage nach, welche Erklärungsansätze die ältere Forschung zu den in Deutschland und in England unterschiedlich verlaufenden, von ihr aber überspitzt dargestellten Staatsbildungsprozessen erkennen läßt und wie die bei Heranziehung neuerer Arbeiten auftretenden Ungereimtheiten aufzulösen sind. John CHILDS untersucht für Großbritannien und verschiedene deutsche Staaten Größe und Rolle des Militärs. Alle anderen Autoren behandeln einzelne englische (J. A. W. GUNN, J. BREWER, I. INNES, P. LANGFORD, D. LIEBERMAN) oder deutsche Aspekte (D. KLIPPEL, R. VIERHAUS, S. OGILVIE, C. DIPPER, E. HELLMUTH, G. BIRTSCH) der Thematik wie Staatstheorie, Struktur staatlicher Bürokratien, Sozialpolitik, politische Kultur oder Rechtswesen.

Durchgehend sind die Autoren von dem Zweifel an der herkömmlichen – in Deutschland vor allem von Otto Hintze und Max Weber, in England von der Whig-Historiographie geprägten – Sicht bestimmt, Deutschland und England hätten zwei prinzipiell unterschiedliche Wege frühmoderner Staatsbildung durchlaufen. Die deutschen Länder, allen voran Preußen, seien Beispiele für den durchbürokratisierten und militarisierten »starken« Staat, während der zentralstaatliche Apparat in England mit seinem parlamentarischen System und der Eigenständigkeit des *local government* als ausgesprochen »schwach« zu gelten habe. Tatsächlich, so die zentrale Aussage dieses Bandes, waren die deutschen Staaten weniger effizient und weit »schwächer« als bisher angenommen, während der britische Staat »stärker« war, als es die ältere idealtypische Betrachtungsweise vermuten ließ. Sucht man die Stelle, wo sich zentralstaatlicher Anspruch, Zwischengewalten und gesellschaftliche Kräfte begegnen, und versucht man die dann zu beobachtenden Wechselbeziehungen konkret zu erfassen, stellt sich heraus, daß unterschiedliche Systeme – hier Fürstenabsolutismus, dort King-in-Parliament – ähnliche Bürokratien und Formen staatlichen Handelns hervorbringen konnten: »Suddenly Britain looks rather more German or Prussian than we realized« (S. 9).

Diese durch John Brewers viel beachtetes Buch aus dem Jahr 1989 (»The Sinews of Power. War, Money and the English State 1688–1783«) maßgeblich in Gang gesetzte Diskussion hat zu einer Relativierung, aber nicht zu einer Einebnung der Unterschiede deutscher und britischer Staatlichkeit geführt. Nicht nur bestanden in den deutschen Staaten wesentlich höhere Erwartungen als in England im Hinblick auf die wünschbare oder machbare Reichweite des frühmodernen Interventionsstaats, auch rein quantitativ übertrafen deutsche zentralstaatliche Verwaltungen deutlich ihr britisches Pendant. In Großbritannien gab es auch keine Entsprechung zur »polizeiwissenschaftlichen« Gelehrsamkeit deutscher Prägung, ganz zu schweigen von den »bürokratischen Virtuosen«, wie Gustav Schmoller sie nannte. Deren gesellschaftliche Prägekraft war in England unbekannt, wo es nicht nur einen breiten Konsens über die Eindämmung des Leviathans gab, sondern auch die bis ins 20. Jh. hineinwirkende Bereitschaft der Gesellschaft, Aufgaben in Eigenregie zu übernehmen, die andernorts gern dem Staat überlassen wurden.

Gottfried NIEDHART, Mannheim